

Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und (Bürger-)Frieden

ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen
von
Tristan Abromeit

E-Mail: Abromeit@T-Online.de
WWW.Tristan-Abromeit.de

vom Februar 2003
an
DIE ZEIT

Anhang IV:

- Leserbriefe zu „Ein paar Prozent Streit“ von Peter Müller

von Stefan Bongarts, Prof. Thomas Huth u. Max Zimmerman

- Attac macht Rabatz, was macht die Freiwirtschaft?

von Tristan Abromeit

Ergänzung zu den Anmerkungen zu

Die Beschaller

von Toralf Staud

(DIE ZEIT / Nr. 8 / 03)

Hätte Jesus ein Sparbuch gehabt

Peter Müller: „Ein paar Prozent Streit“, ZEIT Nr. 6 / 2003

Die Frage, warum es Zinsen gibt, ist eine außermoralische, nämlich eine faktische. Ob es sie geben dürfe hingegen, kann - mit Aristoteles und mit guten Gründen - bezweifelt werden, postulieren sie doch die Funktionsbedingung einer expandierenden Wirtschaft. Wie kommt's? Ein Schuldner, der sich 10 Geldeinheiten leiht, um 10 Äpfel zu erwerben, verpflichtet sich, 11 Geldeinheiten zurückzuzahlen. Wie erhält er nun den 11. Apfel, um seinen Kreditverpflichtungen nachzukommen? Er investiert (pflanzt hoffnungsfroh einen Apfelbaum - womöglich in Nachbars Garten), erzielt Tausch„gewinne“ (zur Not als Arbeitssklave), klaut den Apfel oder hinterlässt den Erben seine Schuld, auf dass sie mehr Fortune haben werden. Kurzum, er externalisiert seine Kosten zu Lasten Dritter oder der Natur, um 11 statt 10 Geldeinheiten leisten zu können.

Heute, man denke an den Share-holder-Value, verspricht der Schuldner neue Märkte, größere Marktanteile und Gewinnmargen (gelegentlich platzt die Blase auch!); handelt es sich um den Staat, setzt er auf Steuern, militärische Erfolge und den Wachstumsglauben seiner Wirtschaftssubjekte.

Die Idee der Zinsnahme ist also das monetäre Vehikel zur realwirtschaftlichen Zuwachsverpflichtung; verwerflich ist sie, weil kulturell sanktioniertes Raubafentum.

STEFAN BONGARTS, MAINZ

Mit Interesse habe ich Ihre kleine Geschichte des Zinses zur Kenntnis genommen. Darf ich auf einen ebenso „kleinen“ Fehler aufmerksam machen? John Maynard Keynes war natürlich kein „US-Ökonom“, nein, wahrlich nicht. Er war ein echt britischer Gentleman. Und ein vehementer Zinskritiker war er auch. Eigentlich war er in der Hauptsache ein solcher - und nicht, wie man heute meint, der bedingungslose und besinnungslose Apostel von immer weniger Marktwirtschaft und immer mehr Staatsverschuldung, im Gegenteil.

Keynes hielt große Stücke auf den von Ihnen ins Spiel gebrachten Silvio Gesell, den „merkwürdigen“ Propheten, wie Keynes ihn nannte, einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, zu der Gesell und seine meist verfemten Nachfolger einen Weg weisen wollen.

Oder ist und bleibt Letzteres doch nur eine Utopie? Keynes meinte nein, denn er glaubte, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von dem von Marx lernen würde. Ich glaube und viele hoffen, sie ist bald so weit, die Zukunft.

PROF. THOMAS HUTH, LÜNEBURG

Die Zinsen sind es, die das Geld von Arm zu Reich schaufeln. Besonders die Zinssätze, zu denen die Entwicklungs- und Schwellenländer von unseren Banken Geld geliehen bekommen, können sich sehen lassen, denn sie liegen je nach Rating zwischen 10 und 16 Prozent. Hierdurch sind diese Länder in die Schuldenfalle geraten, aus der es kein Entrinnen gibt.

Hätte Jesus vor 2000 Jahren ein Sparbuch zu 6 Prozent mit einem Anfangskapital von 1 Pfennig angelegt, müsste dieses Kapital heute mit 7 Erdkugeln aus Gold aufgewogen werden! Unser Geldsystem funktioniert also nur, wenn dieses durch Zins vermehrte Geld in Abständen vernichtet wird. Börsencrash und Krieg waren dafür bisher die geeignetsten Mittel. Deshalb sollte man sich das Geldsystem der Freiwirtschaft des Silvio Gesell mal näher ansehen.

-
MAX ZIMMERMANN, HERRISCHRIED

Attac macht Rabatz, was macht die Freiwirtschaft?

von Tristan Abromeit

20. November 2002

Den Menschen, die sich für die Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) erwärmen, ist schon vieles vorgeworfen worden. Der Vorwurf der Sektiererei ist wohl am wenigsten zutreffend, denn Sektierer pflegen sich gegenüber Menschen mit anderen Inhalten abzuschotten. Die freiwirtschaftlichen Leute - das sind jene, die an der Realisierung der NWO arbeiten - sind immer dort, wo sich politisch etwas bewegt. Das war vor und nach dem zweiten Weltkrieg so. Für die Zeit der Entstehung der Macht der Nationalsozialisten erhalten nur jene posthum Lob, die sich im Widerstand gegen die Nazis hervorgetan haben. Die Freunde der Freiwirtschaft, die sich auf die Nazis als die damals realpolitisch entstehende Macht einließen, weil sie dachten, sie könnten das sich entwickelnde Herrschaftssystem zum Guten hin beeinflussen, beziehen noch heute von den Nachgeborenen, die natürlich schlauer sind, Prügel. Als es um die Formulierung der Sozialen Marktwirtschaft ging, waren freiwirtschaftliche Akteure dabei. Auch in der 68er Unruhezeit waren freiwirtschaftlich Bewegte dabei. Ihre inhaltlichen Contrapunkte gingen in dem Getöse der großen Zahl der Protestler unter. Und beim Aufkommen der grünen Bewegung Ende der 70er Jahre waren freiwirtschaftliche Menschen nicht Zuschauer, sondern Akteure in der ersten Reihe. Ob das aber ein lobenswerter Einsatz war, wird man wohl erst nach dem Ablauf weiterer Jahrzehnte der Existenz der Grünen Partei sagen können.*)

Jetzt sind neue Bewegungen entstanden. Besonders Attac beeindruckend durch seinen großen Zulauf und der Vielzahl seiner Aktionen und Publikationen. Wie es nicht anders sein kann, begeistern und engagieren auch Freundinnen und Freunde der NWO sich für die neuen Bewegungen. Das ist gut so und richtig. Die Gefahr ist nur wieder, daß wir kleines Häuflein von Mitwirkern an der NWO uns überfordern, nicht zur eigenen inneren arbeitsfähigen Struktur kommen. Was schlimmer ist, daß uns bei unserem Bemühen, uns in die neuen Formationen einzugliedern, die Werte und Instrumente, für die die NWO steht, abhanden kommen können - aber nicht zwangsläufig abhanden kommen müssen.

Das Attac und andere Organisationen, die die Globalisierung kritisieren, in freiwirtschaftlichen

Organen zu Wort kommen und dort auch kommentiert werden, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Nur, klar muß auch werden und bleiben, was wir selber wollen. Nicht mitmachen sollten wir bei dem verständlichen Versuch, neue Feindbilder aufzubauen. Um Personen und Institutionen - wie GAT und WTO - in ihrer Wirklichkeit besser zu verstehen, sollten sie in globalisierungskritischen Artikeln in ihrer Struktur und Zielsetzung in „Kästen“ in Kurzform vorgestellt werden. Auch der direkte Kontakt zu den kritisierten Institutionen sollte immer wieder versucht werden.

Dann darf auch nicht vergessen werden, das z.B. Sozialisten nur solange unsere Verbündeten sein können, wie sie die Ausbeutung der Menschen mit Mitteln bekämpfen, die nicht ihre Versklavung bewirken. Als eine Gruppe, für die die Freiheit ein gleich hohes Gut wie die soziale Gerechtigkeit ist, müssen wir erst einmal davon ausgehen, daß Personen, Gruppen, Staaten, die in irgendeiner Form die Liberalität als Ziel haben, ebenfalls unsere Verbündeten sind. Dies gilt solange, bis sich erwiesen hat, daß die hier ideenmäßig mit uns verknüpften Menschen und Institutionen unter einer falschen Flagge segeln.

Josef Hüwe versucht ja in dankenswerter Weise, sich an einer Klärung dieser Fragen in seinem Beitrag „Ordoliberalismus, Neoliberalismus und Freiwirtschaft“ in (r)evolution Nr. 13 vom Nov. 2002 zu beteiligen.(www.inwo.de) Mit Blick zur anderen Seite hin hat Werner Onken in der Zeitschrift für Sozialökonomie 134/2002 einen Auszug aus dem Sozialmanifest von Porto Alegre gebracht. Einzusehen auch unter www.attac-netzwerk.de.

Christoph Strawe zeichnet im gleichen Heft der ZfSÖ seine Impressionen und Reflexionen zum Weltsozialgipfel in Porto Alegre / Brasilien. Darin stehen gute Sätze, aber auch solche, die abgewogen werden müssen.

... „Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. Dabei geht es nicht um diese oder jene Einzelheit, die gefordert werden müsste. Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.“ ... (S. 10)

...“Es gibt hier keine Vorbedingungen, außer der einen: der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Toleranz. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die Zukunftskonzeptionen vieler beteiligter Kräfte noch gänzlich divergieren können. Ja, diese Konstellation muss als Chance betrachtet werden, in der Zusammenarbeit jenes Vertrauen aufzubauen, ohne dass eine Verständigung im "Pro", über das "Anti" hinaus, nicht möglich sein wird.“... (S. 10)

... „Manche Vertreter des Establishments betrachten zwar die Zivilgesellschaft noch nicht als relevante Kraft, andere mögen den Dialog nur benutzen, um sie ruhig zu stellen. Sich Dialogen zu verweigern, wäre jedoch destruktiv: das soziale Leben baut auf dem Dialog auf. Und wer die eigene Kraft erprobt hat, braucht keine Angst zu haben, dass er vereinnahmt wird. Diese eigene Kraft ist nicht die Kraft der Zahl allein, auch wenn es eine kritische Masse braucht, damit wirksam eingegriffen werden kann. Sie ist die Kraft des Gedankens, der sozialen konzeptionellen Phantasie. Und es ist die Kraft der gelebten Beispiele, die ins Spiel gebracht werden muss. Beispiele, in denen die andere Welt, die gewollt wird, ein Stückweit bereits antizipiert wird.“ (S. 9)

... „Die Organisatoren haben von vornherein gut daran getan zu verhindern, die Zeit 'mit Diskussionen über Einzelheiten zu verlieren, die in einem abschließenden Dokument enthalten sein sollten'. Alternativen, die wirkliche Kraft der Veränderung in sich bergen, sind heute allemal solche, die Strukturen beschreiben, unter denen Menschen handlungsfähig zur Lösung ihrer jeweiligen Probleme werden können, nicht "Lösungen" im Sinne einer inhaltlich vorgedachten 'richtigen' Gesellschaftsordnung.“ ... (S.8)

Ja, die wirkliche Kraft der eigenen Ideen, und die Schönheit des Modells, das wir vertreten, müssen wir spüren, um die Angst vor der Vereinnahmung zu verlieren oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Wir dürfen auf die enorme Leistungskraft des NWO-Modells vertrauen, aber wir müssen auch wissen, daß dieses Modell keine Erlösungsreligion ist. Nach einer Realisierung kann sich manches anders darstellen, als es vorher gedacht war. Auch wenn das nicht der Fall sein wird, gibt es mit großer Wahrscheinlichkeit neue Probleme. Die Offenheit, die Strawe beschreibt, läßt sich in der neuen weltweiten Bewegung nur für eine begrenzte Zeit aufrecht erhalten. Wenn die Verlierer des vorigen Jahrhunderts, die zentralistischen Sozialisten, die zum Teil Kreide gefressen haben, die Oberhand bekommen, dann hat die Offenheit keine Überlebenschance. (Das ist keine Frage des bösen Willens, sondern eine Auswirkung ihrer Ideen.) Anders sieht es aus, wenn sich der anarchistische Gedanke festsetzt. Eine Wiederholung

des Verlaufs, wie sie die grüne Bewegung in Deutschland erfahren hat, ist wahrscheinlicher.

Die nächste Schwierigkeit besteht darin, eine Welt-Ordnung zu schaffen, in der verschiedene nationale oder kontinentale Ordnungen sich in unterschiedlicher Weise ausbilden können, ohne die Gesamtordnung zu stören oder gar zu zerstören. Natürlich wäre es anmaßend, wenn ein Staat oder eine Schule für alle verbindlich eine „richtige“ Weltordnung „vordenken“ und vorgeben würde. Wir haben ja die Bemühungen der US-Regierung als abschreckendes Beispiel vor Augen.

Aber gedanklich entwickelt werden müssen solche Ordnungen schon, bevor sie eingeführt werden können. Es ist schlechterdings nicht möglich, die Ordnungen dutzendweise nach der Methode „Versuch und Irrtum“ auszuprobieren. Ein solches Verfahren würde vermutlich eine Kette von Kriegen auslösen, an deren Ende man vergessen hätte, daß man eine Ordnung schaffen wollte, die Krieg und Elend zu vermeiden helfen sollte. Bei der Suche nach einer brauchbaren Ordnung können wir uns natürlich die historischen und heute vorzufindenden Ordnungen als das Reservoir vorstellen, aus dem wir schöpfen. Da es unter diesen aber keine geben wird, die unseren heutigen und künftigen Anforderungen genügen wird, sind wir wieder auf unsere prüfende und kombinierende kreative Denkfähigkeit angewiesen. Auch dann, wenn von Anfang an möglichst viele Menschen aus vielen Völkern in diesem Denkprozeß eingebunden werden, wird es nicht ausbleiben können, daß einzelne Menschen (Gruppen) als Vordenker zum Zuge kommen, bevor sich die Nachdenker äußern, formieren konnten. Das ist aber kein Unglück. Das überprüfende Denken ist genauso wichtig wie das projektierende Denken.

Von Gesell wissen wir, daß er seine Erkenntnisse gewonnen hatte, bevor er wußte, was andere über den Gegenstand seines Forschens gedacht hatten bzw. dachten. Er hatte dadurch den Vorteil, daß er nicht erst gedanklichen Schutt wegräumen mußte. Ich schätze, Gesell wird nicht der einzige sein, der einen solchen Erkenntnisweg gegangen ist. Die Menschheit als ganzes ist heute aber nicht mehr in der Lage, gedanklich bei Null anzufangen. Das blutige 20. Jahrhundert und die drohenden künftigen Blutströme zwingen uns, genau hinzusehen, was wir bisher herausgefunden haben. Und wir wissen eben, daß es im Prinzip nur zwei Möglichkeiten gibt, Ordnungen herzustellen, zentral und dezentral. Wir wissen weiter, daß der Zentralismus die Freiheit ausschließt und die soziale Gerechtigkeit (die Überwindung der Ausbeutung) nur scheinbar möglich macht, d.h. nur als Ideologie möglich ist. Diese Einsicht kann natürlich nicht vom Katheder den Suchenden zugerufen werden. Das Wissen um die Ordnungen und ihre

Voraussetzungen und das Wissen um die Interdependenz der Teilordnungen muß den Menschen in einer Form bereit gestellt werden, die es ihnen ermöglicht, es nochmals für sich individuell zu entdecken. Bei einem Puzzle ist die Struktur der Teile vorgegeben und trotzdem ist das Zusammenfügen ein kreativer Vorgang.

Die Gesellschaften auf dieser Welt sind unterschiedlich entwickelt. Es kann durchaus sein, daß solche darunter sind, für die z.B. ein staatliches Vorsorgesystem die derzeitige optimale Lösung ist. Wir in Europa - oder wenigstens in Deutschland - haben soviel staatliche Eingriffe in unsere Gesellschaft erfahren, daß von einer freien Gesellschaft schon lange nicht mehr gesprochen werden kann, und das, was uns als „sozial“ verkauft wird, ist ein gigantisches entmündigendes Ausbeutungssystem. Und dabei bin ich bei den die Zeilen auslösenden Bericht „Attac macht Rabatz gegen GATS“ in Humanwirtschaft Okt./Nov. 2002, S. 19. Dort spricht man sich in einer Reihe gegen die „Privatisierung von öffentlichen Grundversorgungs-Dienstleistungen wie Gesundheit, Wasser, Bildung“ aus. Es ist sicher eine ökonomische Idiotie, wenn Gemeinden die Straßenbeleuchtung und die Rathäuser verkaufen, um hinterher die Dinge mit einem höheren Zinssatz im Preis wieder anzumieten. Es ist auch unsinnig, die monopolistisch strukturierte Entwässerung, das Frisch-Wasserleitungs-Netz und die Wasserquellen zu privatisieren. Aber die staatliche sogenannten „Sozialversicherung“, die staatlichen (kommunalen) Krankenhäuser und das staatliche Bildungswesen müssen wir überwinden, weil es für uns sonst keinen Fortschritt gibt. Es gibt auch genug zu deregulieren. Es ist z. B. nicht einzusehen, warum das Rechtsberatungsmonopol für Rechtsanwälte aufgrund eines Nazi-Gesetzes aufrechterhalten werden soll. Wenn also die Frage gestellt wird: Privatisieren? Ja oder Nein. Dann muß immer erst gefragt werden: Privatisieren, um dem Anlage suchenden Vermögen eine Rendite zu ermöglichen? Oder: Privatisieren, um den Bürgern Gestaltungsfreiräume zu schaffen? Diese eigene Position muß man laut und deutlich innerhalb neuer Bewegungen aussprechen dürfen. Wenn nicht, müssen wir unseren Weg einsam weiter gehen bis wir auf Menschen mit einem neuen Verständnis von freiheitlichen Ordnungen stoßen.

Wir können auch keine Welt mit autarken Staaten, die ihre Grenzen dicht machen, predigen. „Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde.“ (Rudolf Jung in „Der nationale Sozialismus ...“, S. 118) Es geht aber nicht so sehr um die eigene Tradition, als vielmehr um die Einsicht, daß die Gesellschaften (Völker) weder national noch international ganz ohne Arbeitsteilung auskommen. Und wenn in irgendeinem Land die

Wirtschaftsordnung so fehlerhaft gestaltet wird, daß die Menschen dort zu Hungerlöhnen arbeiten müssen oder daß Subventionen gewährt werden, die die Exportpreise unterhalb der Gestehungskosten drücken, dann ist ein solches Land ein neuer Störenfried in der Völkergemeinschaft. Die Störungen dieser Art haben auch soziale und politische Komponenten in den besser entwickelten Volkswirtschaften, weil dann dort minderbegabte Menschen, die nur einfache oder nur körperliche Arbeiten verrichten können, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und in Folge kein Selbstwertbewußtsein entwickeln können. Hier entstehen dann die Rekrutierungsfelder für den Extremismus.

Um uns selber darüber klar zu werden, was an staatlichen Institutionen privatisiert werden kann, sollten wir zu Gesells Schriften „Der Abbau des Staates“ und „Der abgebaute Staat greifen“. Wenn diese Schriften als Denkmodelle und nicht als Programm verstanden werden, dann sind sie eine große Hilfe.

Und noch eins: Wer von uns sich in eine neue Bewegung hineinbegibt, wird früher oder später mit dem Vorwurf konfrontiert, daß wir „rechtsextrem“, „faschistoid“ oder sonst was seien. Nun kann es ja durchaus sein, daß man unter uns den einen oder die andere findet, dem bzw. der man solche Tendenzen nachweisen kann. Aber wer behauptet, das Modell der NWO trüge in sich faschistische Züge, der soll sich auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen. Über Rudolf Augstein hieß es: „Er ließ sich nie auf etwas festnageln, was man in den neunziger Jahren als Political Corectness zu bezeichnen begann: 'Wenn ich meiner Sache sicher bin, ist mir egal, was andere Leute dazu sagen und schreiben.'“ (Spiegel 46/2002, S. 3) TA

*) Wenn man die Gründung der „Umweltschutzpartei Niedersachsen“ (USP) am 11.5.77 und deren Untergang unberücksichtigt läßt und auch ältere Formationen, wie die AUD, die zu den Grünen dazu gestoßen sind, außer Betracht läßt, dann haben Georg Otto und seine lokalen Mitstreiter die Urzelle der grünen Partei gebildet. Ich selber war zwar von Anbeginn mit der Gründung befaßt, war aber aufgrund der Erfahrungen mit der Liberal-Sozialen Partei (1967/68) skeptisch und auch noch in der FDP aktiv. Ich habe die Partei gewechselt, als der Landesverband der GLU schon bestand. Im Übergang gab es für mich die Situation, daß ich für die FDP Wahlplakate geklebt habe und die GLU gewählt habe. Als GLU-Mitglied bin ich dann Gründungsmitglied der SPV Die Grünen und der Partei DIE GRÜNEN geworden.

Ein nachfolgendes Zitat aus: „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980“ von Anna Hallensleben, Göttingen 1984, belegen das Gesagte. (Das Buch ist als Dissertation entstanden.)

... >Ab 1.9.77 folgte eine Sitzung in Nordstemmen, auf der der Hildesheimer Kreisverband beschloß, als eigene kommunale Wählergruppe mit eigenem Namen im Wahlkampf anzutreten, da so keine Zustimmung durch Beddermann erforderlich war (198). Die Gruppe gab sich den Namen "Grüne Liste Umweltschutz", da "Grün" die Farbe des Umwelt-Lebens- und Naturschutzes und die Farbe der "Freiwirtschaftlichen Bewegung" ist und der Aspekt "Umweltschutz" im Namen durch das Grün unterstrichen werden sollte. Durch den Begriff "Liste" sollte die Ablehnung der derzeitigen Parteienstruktur ausgedrückt werden und ein gewisser Anspruch an Basisdemokratie deutlich werden (199).< ... (S. 65)

[Zurück zum Anfang](#)